

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Postgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
19. März 1915

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zunten), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der internationale sozialistische Frauentag. — Kundgebung der englischen Genossinnen zum Schweizerischen Frauentag. — Das Wahlrecht vor dem preussischen Abgeordnetenhaus. — Die Frauen und die Presse. Von Luise Fiebig. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der Deutsche Textilarbeiterverband im ersten Kriegshalbjahr. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Burgfrieden. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Für den Frieden. — Familienrecht. — Verschiedenes.

Der internationale sozialistische Frauentag.

Wenn ein furchtbares Unwetter mit elementarer Kraft tobt, Menschenwerk bedrohend und vernichtend, in dem der Fleiß und das Herzblut vieler Geschlechter kristallisiert ist; wenn umringt von der entfesselten wilden Natur selbst der Mutigste und Wissendste sich nicht eines leichten Schauers jener ehrfürchtigen Scheu erwehren kann, in der die sich langsam der Tierheit entwindenden Menschen fassungslos das Walten von Mächten erleben, die ihnen unbegreiflich und unergründbar dünken müssen: da wirkt schon das schwache Aufleuchten des winzigsten Stüchchens blauen Himmels wie eine Botchaft besänftigten Bornes und nahender Tage voll Sonnenschein, in denen die schwache menschliche Kreatur aufs neue unter aufbrechenden Knospen und reisenden Früchten aufzuatmen, sich in Spiel und Arbeit schaffend über sich selbst zu erheben vermag, langsam an ihrer Unsterblichkeit bauend, wie die Koralle auf dem Meeresgrund. Was tut es, daß der heulende Orkan wieder schwarze, fest zusammengeballte Wolken über den lichten Schimmer peitscht? Es genügt, daß der Schimmer gewesen! Das kurze vorübergehende Leuchten ließ empfinden, daß auch der Graus nicht von ewiger Dauer sein wird. Es weckte das Erinnern an die Zeiten, wo der Mensch nicht vor dem Grimm der Natur zitterte, sondern ihre rauschenden Wälder und sonnenflimmernden Rüste genoß und sich die Kraft ihrer Ströme und der heimlich schlummernden Vliege dienstbar machte. Es rief leise die Hoffnung, daß die aufrichtende, schöpferische Arbeit aufs neue säen, pflanzen und bauen wird, wo jetzt Stätten der Verwüstung gähnen. Ist das eine blaue Himmelsflecken nicht Vorläufer von anderen Zeichen des Wandels? Erst hier, dann dort ein Zerreißen des unheilsschwangeren Dunkels, ein jäher, vergänglicher Glanz wie aus einer schönen Welt, bis endlich, endlich die unter dem riesenhaft übermächtigen ihrer eigenen Gewalten gleichsam bebende Natur in das alte Gleichmaß zurückfinkt und nach grauem, müdem Brüten die Welt wie in dem Zauber eines neuen ersten Schöpfungsmorgens erstrahlen läßt.

Solche Lichtblicke der Himmelsbläue sind inmitten der dunklen, entsetzlichen Monate des Weltkriegs die Befundungen des internationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, die trotz des Gebrülls der Kanonen und des Klangs chauvinistischer Lieder in immer größerer Zahl und immer lauter aus den Massen der Arbeitenden, der Schaffenden aller Länder kommen. Be-

sonders oft und herzlich — wir sagen es mit freudigem Stolz — aus der Welt der Frauen, der arbeitenden Frauen. Unter Kundgebungen dieser Art verdient aber der internationale sozialistische Frauentag einen hervorragenden Platz. Es würde uns übel anstehen, wollten wir verhehlen, daß ihm der Umfang, die Einheitlichkeit und der Glanz der vorausgegangenen fünf Jahre fehlen wird, fehlen muß. Soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, ist der Frauentag in Europa am 7. März nur in der Schweiz und in den skandinavischen Ländern begangen worden. Die niederländischen Genossinnen werden ihn später veranstalten; infolge der schwierigen Verbindungen war eine frühere Verständigung über einen einheitlichen Termin der Demonstration unmöglich. Wie es damit in anderen neutralen Ländern aussieht — namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika —, wissen wir aus dem gleichen Grunde nicht. Und kann von der Veranstaltung eines eigentlichen Frauentags dort die Rede sein, wo die heiseren, hegenden Schreie der Kriegsfurie das Leben der Völker wie hypnotisiert im Banne halten? In Frankreich fand letztes Jahr ein erster, allerdings glänzend gelungener Versuch statt, eine Kundgebung in Paris für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts zu organisieren. Es ist verständlich, daß sie sich 1915 nicht wiederholt. Die weitfassende und geschickte Agitation der bürgerlichen Frauenstimmrechtlerinnen und andere Umstände noch haben es bisher in England nicht zu einem einheitlichen großzügigen Vorgehen der Sozialisten für das Frauenwahlrecht kommen lassen. Jetzt sind weniger als je die Vorbedingungen dafür gegeben. In Österreich sollen im März im Rahmen des gesetzlich Zulässigen Versammlungen der weiblichen Parteimitglieder stattfinden, die, soviel es möglich ist, den Zwecken des Frauentags nützlich zu machen sind. Für Deutschland hat der Parteivorstand ähnliche bescheidene Veranstaltungen vorgesehen, die in erster Linie die Frauenagitation etwas beleben sollen und daneben auch für die Forderung des Frauenwahlrechts genützt werden können.

Hat es da nicht den Anschein, als ob der Weltkrieg einer Erdbebenkatastrophe gleich mit anderen Menschheitsidealen auch die gärende Sehnsucht der Frauen nach Recht, nach Freiheit, das eigene Maß des Wachstums und Werdens zu erreichen, unter Trümmern begraben habe? So mögen die Kleinmütigen und Kurzsichtigen wähnen, die das Wirken und Weben der geschichtlichen Kräfte nur an der Oberfläche erfassen und für deren Sinn daher das ewig Gestrige auch das ewig Heutige ist. Anders sieht die Dinge, wer aus der Geschichte gelernt hat, daß wohl für kürzere oder längere Zeit verschüttet, aber nicht getötet werden kann, was gesellschaftliche Notwendigkeit vom Menschengestalt geboren werden läßt und menschlichem Wollen als Ziel setzt. Es kann nicht sterben, bis es nicht vollendet worden und in seiner Vollendung höherem gesellschaftlichen Sein den Weg geebnet hat. Von dieser fortwirkenden lebendigen Kraft geschichtlicher Ideale redet der Frauentag zu uns in diesen dunkelsten Stunden, die wir als Sozialisten erleben, und von ihnen redet er gerade unter dem höllischen Rärm des Krieges lauter denn je.

Was ist der tiefste Gehalt des internationalen sozialistischen Frauentags? Ein Aufschrei der erwachten und erwachenden Frauen des arbeitenden Volkes nach der Freiheit, ungefesselt durch äußere Umstände ihr Menschen- und Weibtum in Harmonie zu entfalten und für die Allgemeinheit zur tätigen, bereichernden Kraft werden zu lassen. Daher die Forderung gleichen, vollen politischen Rechtes als eines Mitglieds unter anderen Mitteln zum Zweck. Darum das andere Verlangen, das so viel weiter faßt und höher trägt als diese Forderung: das inbrünstige Verlangen nach der sozialistischen Ordnung, die allein das freie Menschentum für Weib wie Mann verbürgt. In der Rechtsforderung und dem beharren Ziel, dem sie dienen soll, finden sich die arbeitenden, die sozialistischen Frauen der ganzen Welt zusammen. Von dem Bewußtsein befeelt, in diesem Reichen kämpfend zu siegen, nehmen sie etwas von dem Reiche voraus, das nicht von dieser kapitalistischen Welt ist: vom zukünftigen Reiche der Völkervereinigung und Menschheitsverbrüderung.

Das innerste Wesen unseres Frauentags aber offenbart sich im blutroten Schein des Weltkriegs in seiner ganzen strahlenden Schönheit und Größe. Denn es zwingt dazu mit einer unwiderstehlichen Macht, die von dem furchtbaren Geschehen der Zeit und dem unennbaren Leid der Frauen darüber genährt wird, neben die Rechtsforderung der Frauen, ja noch über sie, ihre Friedensforderung zu stellen. In welchem Lande auch immer die Sozialistinnen dieses Jahr die mühseligen, beladenen Proletarierinnen im Namen des internationalen Sozialismus sammeln: der Friedenswille prägt den Charakter der Kundgebungen. Überall wird der Frauentag eine Demonstration für den Frieden sein. Eine internationale Demonstration, trotz Völkerringen, Kriegsrecht und alledem! Was ändert es daran, daß zunächst nur in neutralen Ländern der verzehrende Friedenswille der Frauen in der Öffentlichkeit seine Stimme erhebt? Der Gedanke, die Sehnsucht ist frei, und die Tat kann frei werden, wenn ein Wille da ist. Auch die brutalsten Kriegszustände sind ohnmächtig, zu verhindern, daß Hunderttausende proletarischer Frauen mit glühender Seele in einem Wissen und Wollen dabei sind, wenn die Genossinnen in neutralen Ländern politisches Recht und das Ende des brudermörderischen Waffenganges der Völker heißen. Die Rot wird sie beten lehren, wie wir es verstehen.

An dem Frauentag muß sich in allen Ländern der Wille der Proletarierinnen entzünden und stärken, für den Frieden zu kämpfen. Dieser Kampf ist die große geschichtliche Tat, mit der die Frauen in unseren Tagen ihre politische Reife und ihren Anspruch auf politisches Recht erhärten können. Beweisen wir, daß die große Stunde kein kleines Geschlecht findet. Nicht das Lippenbekenntnis, nur das Leben und Handeln adelt und erhebt.

Es ist ein Trost und eine Hoffnung, daß in dem rasenden Ungewitter des Kriegs der schüchterne Schimmer des Frauentags die Arbeitenden und Rechtlosen international geeint zeigt. Mahnt er uns nicht daran, daß dieses Ungewitter gewesen ist, sobald die Völker wollen? Mit dem schüchternen Schimmer des Frauentags grüßt uns eine andere, höhere Welt, das große sozialistische Friedensreich, das allein als Werk der gesammelten Kraft der Proletarier aller Länder erstehen kann, und in dem unsere Träume von Menschenrecht und Menschenerhebung wandelnd gehn.

Kundgebung der englischen Genossinnen zum Schweizerischen Frauentag.

Genossinnen! Die internationale Sekretärin hat uns aufgefordert, euch zu eurem Frauentag am 7. März eine Botschaft zu senden, und in dieser Zeit internationaler Zerrissenheit begrüßen wir freudigst jede Gelegenheit, unsere Solidarität mit den Frauen des werktätigen Volkes anderer Nationen zum Ausdruck zu bringen. Unsere besten Wünsche

sind mit eurer Forderung nach der vollen Befreiung der Proletarier und des gleichen Bürgerrechts für Mann und Weib. Mehr als je müssen die Männer und Frauen aller Länder unermüdlich zusammenwirken, bis wir das Ziel erreicht haben, das wir alle so glühend wünschen: die Wiederherstellung des Friedens. Obgleich wir Frauen als politisch Rechtlose es ablehnen müssen, einen Teil der Verantwortlichkeit für den Ausbruch dieses Krieges auf uns zu nehmen, hat doch jede einzelne von uns im Kampfe für den Frieden ihre ganze Pflicht zu tun, ohne Unterschied, ob wir in einem kriegführenden oder neutralen Lande leben. Wir Frauen Großbritanniens danken den Frauen der neutralen Staaten für die freundschaftliche Hilfe, die sie uns bereits gewährt haben, indem sie die Verbindungen zwischen uns und den Schwestern im Ausland wieder herstellen halfen. Dadurch haben sie es uns ermöglicht, daß wir in enger Fühlung mit jenen Genossinnen geblieben sind, von denen wir sonst gegen unseren Willen durch die praktischen Hindernisse des Verkehrs in der Zeit des Krieges getrennt worden wären. Wir fordern die sozialistischen, die proletarischen Frauen aller Länder auf, mit uns zusammen mit verstärkter Kraft für eine Zeit zu arbeiten und zu kämpfen, in der es keine Kriege mehr geben wird, weil sie durch die festere Organisation der Arbeiter und ihr tieferes Verständnis füreinander unmöglich geworden sind. In dieser Zeit werden die Frauen als vollberechtigte Bürgerinnen innerhalb ihrer eigenen Nation auch freie und glückliche Bürgerinnen eines großen, internationalen Friedensreiches sein.

Für den Internationalen Frauenrat der Sozialistischen und Arbeiterorganisationen Großbritanniens.

London, Februar 1915.

Marion Phillips, Vorsitzende.

Mary Longman, Schriftführerin.

Das Wahlrecht vor dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Am Dienstag den 2. März 1915 stand im preußischen Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Stats des Ministeriums des Innern auf der Tagesordnung. Die brennendste Frage der inneren Politik Preußens, ja Deutschlands, die Wahlrechtsfrage, wurde von den bürgerlichen Rednern entweder gar nicht oder nur kurz gestreift. Man begnügte sich mit der Erklärung, daß die grundsätzliche Stellung der Parteien die alte sei. Die Volkspartei bedauerte, daß der Minister sich nicht ausdrücklich über die Wahlrechtsfrage geäußert habe. Die Reform des Wahlrechts werde für die Zeit nach dem Kriege die politische Hauptaufgabe bilden. Den grundsätzlichen sozialdemokratischen Standpunkt vertrat Genosse Liebknecht. Die entscheidenden Teile seiner Rede seien hier nach dem „Vorwärts“ zitiert:

... Die ersten Worte, die in der Frage der Fürsorge für die Kriegsinvaliden hier gefallen sind, finden ein Echo bei uns. Auch wir wünschen, daß auf diesem Gebiet die Allgemeinheit unverzüglich, und zwar nicht nur jetzt, sondern für die ganze weitere Zukunft die erforderlichen Sicherheiten schafft, daß nach aller Möglichkeit Not und Elend von diesen unglücklichen Menschen ferngehalten wird. Aber die Erfahrung lehrt, daß man gewisse Worte, die in der heutigen Zeit fallen, ganz besonders kritisch und mißtrauisch aufzunehmen alle Veranlassung hat. Wir müssen abwarten, ob den Worten auch die Taten folgen. ... Wenn die guten Worte, die über die Krüppelfürsorge gefallen sind, nicht Hand im Hand gehen mit der Bereitwilligkeit, der Masse des Volkes weitere Rechte zu verleihen, eine Demokratisierung Preußens durchzuführen, dann werden Sie tauben Ohren predigen. Der 27. Februar d. J. war für Preußen ein historischer, ein kritischer Tag. Der Minister hat es in der Budgetkommission abgelehnt, eine noch so allgemeine Zusicherung über eine künftige Wahlrechtsreform abzugeben. Die Freisinnigen erhoffen die Wahlreform nach dem Kriege, das Zentrum beruft sich auf seine klare und unverrückbare Stellung zur Wahlrechtsfrage, die kein Mensch kennt (Seiterkeit), die Nationalliberalen

stellen die Frage hinter der Aufgabe zurück, zu siegen, und die Freikonservativen haben eine schroffe Absage erteilen lassen. Damit ist die Situation erfreulich geklärt, und eine solche Klärung ist um so nötiger in einer Zeit wie heute, wo das Wort vom „Burgfrieden“, von der „Einmütigkeit des Volkes“ und andere schönfärbende Worte von einem „freien deutschen Volke in Zukunft“ manchen Sinn umnebelt. Wir sind froh, daß dieser Nebeldunst fortgeblasen ist. Die kalte Wahrheit ist: in Preußen bleibt alles beim alten...

Die politischen Phantasten dürften jetzt ernüchtert sein überall, wo sie sind. Die schwärzesten Pessimisten haben recht behalten... Wenn die Nationalliberalen den Kampf für das Volksrecht zurückstellen, weil ihnen der Sieg wichtiger ist, so ist das begreiflich. Für sie ist der Krieg ein ungeheures politisches und wirtschaftliches Geschäft, hinter dem die Volksrechte wohl zurücktreten können. Die Mundfelder (Erggruben) von Bries und Longuon, die Kohlengruben in Polen und manch andere besetzten Gebiete, die Kolonien sind wahrlich kein Pappentitel für das deutsche Kapital, da kann das Volk warten... In der Zeit des Belagerungszustandes, der Pressezensur, der Aufhebung des kümmerlichen Versammlungsrechts, in einer Zeit, wo die Reaktion unter dem Titel „Burgfrieden“ Triumphe feiert, haben wir wahrlich keinen Anlaß, unsere Forderungen nach Demokratisierung zurückzustellen, sie sind brennender als je.

Gerade in diesen Tagen hat sich der Klassencharakter der heutigen Gesellschaft schroff und unverhüllt offenbart... Als Abgeordneter nahm ich in der Kommission teil, die die jetzige Zeit biete neue Stützpunkte für die Wahlrechtsforderung, rief Herr v. Jellib: Im Gegenteil! Das ist ein Wort, das wie ein Blitz die Lage erhellt... Niemals war so wie heute der grelle Kontrast zwischen den schwersten Pflichten der Allgemeinheit und dem Privilegiencharakter des Staates und der Verwaltung in Preußen offenbar. Der gleichen Verpflichtung als Kanonensutter steht eine Gleichberechtigung im Staate leider nicht zur Seite. In dem Halbabsolutismus, in der Geheimdiplomatie, in dem persönlichen Regiment erblicken wir eine wichtige unmittelbare Ursache für den Ausbruch dieses Krieges, der allerdings international kapitalistisch bedingt ist.

Wenn die imperialistischen Bestrebungen des Kapitalismus die schwersten Gefahren und selbst den Krieg heraufbeschworen, so haben wir immer gesagt, daß es um so mehr der Kontrolle der auswärtigen Politik durch das Volk bedarf. Die Vorbedingung dafür ist die volle Demokratie im Innern. Die Millionen Opfer dieses Krieges sind zu einem ganz wesentlichen Teil verschuldet durch die Rechtlosigkeit der Volksmassen in den beteiligten Ländern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir alle, möge es sonst auch Meinungsverschiedenheiten unter uns geben, sind darin einig, daß die Volksmassen in keinem der beteiligten Länder den Krieg gewollt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daraus ergibt sich aber in dem Moment, wo Europa in Blut und Mord und Brand eine alte Kultur und die Blüte seiner Menschheit begräbt, die Forderung nach der Demokratisierung der auswärtigen Politik, aufgebaut auf der inneren Demokratisierung.

Ich begrüße die Zerstörung der Illusion, die in weiten Volksschichten in bezug auf die Bereitwilligkeit der herrschenden Klassen und der Regierung in Preußen zu einer Reform des Wahlrechts bestanden haben. Diese Klarheit wird nicht nur denen gepredigt, die im Bürgerroß sich jetzt bemühen, dem Vaterland zu dienen, sondern auch denen, die draußen im Schützengraben liegen und die, wenn sie den Bericht über die Verhandlungen der Budgetkommission vom Sonnabend lesen, ingrimmig die Faust in der Tasche geballt haben und denjenigen ihren Fluch gesandt haben werden, die sich bemüht haben, in ihnen Illusionen zu wecken, sie über die Wahrheit hinwegzutäuschen — über die Wahrheit, daß dieser Krieg von den Interessen der großen Volksmassen nicht gerechtfertigt wird, daß die Massen des Volkes nach dem Kriege so rechtlos bleiben werden wie sie vor ihm gewesen sind...

Nach wie vor wird das Volk nicht durch Nachgiebigkeit, Anpassung und Schmiegsamkeit sein Recht gewinnen, sondern im Klassenkampf allein ist sein Heil. Wir hoffen, daß wir diesen Klassenkampf recht bald wieder in offener Gemeinschaft international mit den Proletariaten aller anderen Länder, auch der jetzt kriegführenden, werden führen können. In diesem internationalen Klassenkampf beruht nicht nur die einzige Hoffnung auf Demokratisierung und Erweiterung der Volksrechte, sondern nach meiner Überzeugung auch das einzige Heil für die Masse der

Völker in den beteiligten Ländern schon während des Krieges. Sie haben für die Dauer des Krieges das Wahlrecht schroff versagt, nach dem Kriege werden sie es auch nicht geben. Bildreformen sind das Höchste, was der fortschrittliche Redner in Aussicht gestellt hat. Das heißt, der Masse des Volkes die Faust entgegenhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung gibt es für mich nur die eine Parole: Fort mit der Heuchelei des Burgfriedens! Auf zum internationalen Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und gegen den Krieg! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Frauen und die Presse.

Genossinnen! Kürzlich verbreitete die Parteipresse einen Bericht über Frauenversammlungen, die während des Krieges stattgefunden haben. Darin war nachdrücklich hervorgehoben, welche Pflichten den Frauen durch den Krieg erwachsen sind: Pflichten gegen die Familie, gegen die Gesamtheit und — gegen die Partei.

In einer Anzahl Feldpostbriefe von Genossen aus den Schützengräben, die ich darauf erhielt, erstatteten diese ihren lebhaften Dank für alles im Bericht Gesagte. Ausdrücklich wurde ausgesprochen, ihr Dank gelte nicht nur der Tatsache, daß unsere Genossinnen in den Hilfsaktionen den Kriegerfrauen mit Rat und Tat zur Seite stehen, sondern ebenso sehr dem mahnenden Rufe an die Mütter, ihre Familien vor Verrohung und Völkerverhaft zu bewahren, dafür aber um so mehr den Geist der Menschlichkeit und treuer Solidarität wach und lebendig zu erhalten, und der spornenden Aufforderung, ihr Bestes zu leisten, um Organisationen und Presse der Partei zu fördern.

Es ist ein herrliches Erlebnis, das erhebend auf uns alle wirkt, zu sehen, wie unsere Genossen im Felde, umlauert vom Tode in mancherlei Gestalt: inmitten des feindlichen Kugelregens, den verschiedenartigsten Strapazen fast erliegend, den größten Entbehrungen ausgesetzt, unter riesenhafter Nervenspannung und ungeheurem seelischen Drucke, in bewunderungswürdiger Liebe und Treue an der Partei und ihren Einrichtungen hängen; wie sie mit sorgender Seele alle Parteivorgänge verfolgen und dankbaren Herzens sich jeder Parteiförderung freuen. Das ist ein Heldentum, welches die allgemein anerkannte glänzende kriegerische Tapferkeit unserer Feldgrauen noch übergipfelt.

Genossinnen, wird dies heldenhafte Geschehen auch auf euch in der wünschenswerten Weise wirken? Wird es euch anfeuern, nun auch tapfer und unermüdet im Dienste der Parteirastlos zu arbeiten, um den Organisationen und der Verbreitung unserer Presse freudig eure ganze Kraft zu weihen?

Ich hoffe und erwarte es!

Wir müßten ja elendige Feiglinge und pflichtvergessene Mitglieder unserer großen politischen Gemeinschaft, der Partei, sein, wenn es anders wäre.

Heute sind noch viele Kriegerfrauen und noch viele männliche Arbeiter Nichtleser der Parteizeitung; sie müssen aufgesucht und an ihre Pflicht gemahnt werden. Dem Manne sagt, daß ein stolzer, selbstbewußter Arbeiter natürlich die Arbeiterpresse, die seine Interessen vertritt, lesen muß; sagt ihm, wie die Genossen in den Schützengräben darüber denken.

Der Kriegerfrau erzählt, wie die Arbeitsbrüder im Felde, also auch ihr Mann, hungern nach der sozialdemokratischen Presse, wie „jeder Fetzen Papier“ gelesen wird, wie die Männer sich gegenseitig voll Stolz erzählen, wenn ihre Frauen Mitglied der Partei sind und wenn sie für die Nachsendung der Parteizeitung Sorge tragen. Sagt ihr, daß sie selbst die sozialdemokratische Zeitung abonnieren und lesen, und wenn gelesen, ihrem Manne als Feldpostbrief nachsenden soll. Die Versendung macht ihr dann durchaus keine weiteren Unkosten und beide, Mann und Frau, sind durch das Lesen ihrer Parteizeitung um so inniger miteinander verbunden.

Eine außerordentliche Freude würden damit die Kriegerfrauen ihren Männern machen. Und euch, Genossinnen, wird es doch ein leichtes sein, daß jede von euch mindestens eine der Kriegerfrauen eurer Nachbarschaft, eures Bekanntenkreises zum Abonnement und Versand der Parteipresse veranlaßt. — Die Partei hat große, gewaltige Aufgaben zu erfüllen während des Krieges, beim Abschluß des Friedens und nach dem Friedensschluß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben brauchen wir Stärke und Geschlossenheit der Organisation und Stärke und Schlagfertigkeit der Presse.

Genossinnen, arbeitet deshalb unter Eingabe und Fleiß mit daran, daß diese Voraussetzungen für die Lösung der geschichtlichen Aufgaben der Sozialdemokratie erhalten und immer mehr geschaffen werden.

Das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung, der Dank unserer Genossen in den Schützengräben und der Gesamtpartei wird reichlicher Lohn für eure Mühen sein. Luise Zieh.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Einwirkungen sechsmonatiger Kriegezeit auf unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände zeigt eine statistische Erhebung, die am 30. Januar stattgefunden hat. Bekanntlich ging ihr eine gleiche Feststellung nach einem Monat und nach einem Vierteljahr Kriegezeit voraus.

Auf den Mitgliederstand hatte der Krieg naturgemäß eine sehr starke Einwirkung. Am Schlusse des Jahres 1913 hatten die Zentralverbände rund 2½ Millionen Mitglieder, im Januar 1915 aber nur noch rund 1½ Millionen. Prozentual ist die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder von 27,7 Prozent im September auf 31,3 Prozent im Oktober 1914 und auf 34,1 Prozent im Januar 1915 gestiegen. Zwar werden nur 780594 Mitglieder als zum Heeresdienst eingezogen gemeldet; mit Sicherheit ist aber anzunehmen, daß es erheblich mehr sind, denn nicht alle Einberufenen haben beim Eintritt in das Heer ihre Mitgliedsbücher abgeliefert, und nur nach der Zahl der abgegebenen Mitgliedsbücher konnten die Verbände die Eingezogenen feststellen.

Der Mitgliederverlust dürfte nicht sehr groß sein, denn der Arbeitsmarkt hat sich im Laufe des Kriegs bedeutend gebessert, ist doch die Prozentzahl der arbeitslosen Mitglieder von 21,2 im September auf 6,6 im Januar gesunken. Es fand naturgemäß eine große Verschiebung von Arbeitskräften aus einem in den anderen Beruf statt. Die Kriegsausstattungsindustrie nahm viele Arbeitslose der anderen Gewerbe in ihren Betrieben auf. Die Leder- und Textilindustrie zählte in normalen Zeiten etwa 2000 Beschäftigte, jetzt haben in ihr etwa 25000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Anfertigung von Tornistern, Patronentaschen usw. Verwendung gefunden. Immerhin ist in einzelnen Industrien die Arbeitslosenzahl noch ziemlich hoch. Der Verband der Zivilingenieure hat 42,5 Prozent Arbeitslose, die Bildhauer haben deren 22,6, die Porzellanarbeiter 17,3, die Putzmacher 14,5, das Holzgewerbe 13,5 und die Buchbinder 12,8 Prozent usw.jene Industrien, die Luxusgegenstände herstellen oder vom Export stärker abhängig sind, haben die größte Arbeitslosenziffer.

Die finanzielle Hilfe unserer Gewerkschaften war in der Kriegezeit sehr beachtenswert. In den sechs Kriegsmonaten wurden rund 17¼ Millionen Mark an Arbeitslose und 6¼ Millionen Mark an Familien von Kriegsteilnehmern als Unterstützungen ausgezahlt, also rund 24 Millionen Mark, während im ganzen Jahre 1913, einem Jahre nicht günstiger Geschäftskonjunktur, 11¼ Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung verausgabt wurde. Diese Leistungen der Gewerkschaften haben manches Elend und manche Not zu lindern versucht, sie beweisen aber auch, daß eine wirkliche Hilfe für die Opfer wirtschaftlicher Krisen, gleichviel welcher Art sie sind, nur durch staatliche und kommunale Maßnahmen möglich ist.

Im Berggewerbe bleiben die Unternehmer bei ihren alten Praktiken. Immer wieder wird aus verschiedenen Kohlendistrikten über Lohnkürzungen, über schlechte Verpflegung der Arbeiter durch Vorgesetzte, über ein weitverbreitetes Übersichtswesen geklagt. In Oberschlesien kam es daher auf einigen Hütten zu Arbeitsniederlegungen. Die Streikenden waren zumeist unorganisiert, trotzdem bemühten sich die Bergarbeiterver-

bände um eine Einigung, die nach kurzer Streikdauer zustande kam. Um Streitfällen zwischen Unternehmern und Arbeitern in der gegenwärtigen Zeit vorzubeugen, ersuchten die vier Bergarbeiterorganisationen in einer Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe um die Errichtung eines Einigungsamtes für den Bergbau. Der Minister hatte darüber mit den Vertretern der Arbeiterverbände eine Beratung, wollte aber in der Sache zunächst die Unternehmer hören. Was die vorgetragenen Einzelwünsche und Beschwerden der Bergarbeiter anbelangt, namentlich hinsichtlich der Lohnfrage, der Beschäftigung von Kriegsgefangenen unter Tage, des Übersichtswesens usw., so sagte er Prüfung und möglichste Berücksichtigung zu. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Zusage gehalten wird.

Eine Bezirksleiterkonferenz des Väderverbandes beschäftigte sich mit der Lage im Ruhrgebiet, die durch die Bundesratsverordnung geschaffen worden ist. Sie erklärte sich mit der Stellung des Verbandsvorstandes einverstanden. Einhellig kam zum Ausdruck, es sei dahin zu wirken, daß nach Beendigung des Krieges die Nacharbeit nicht etwa durch Aufhebung der Bundesratsverordnung wieder eingeführt werde, sondern daß sie dauernd verboten bleibe. Nach Friedensschluß müsse ferner mit allen Mitteln die Beseitigung der jetzt verschiedentlich zugelassenen Sonntagsarbeit angestrebt werden. Sollte das nicht gelingen, so müßten die Arbeiter als Ersatz einen Ruhetag in der Woche haben.

Der Metallarbeiterverband beruft für den 28. Juni und folgende Tage eine ordentliche Generalversammlung nach Berlin ein. Nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung sollte die diesjährige Tagung in Köln a. Rh. stattfinden. In Rücksicht auf die zentrale Lage Berlins und weil dadurch eine Verringerung der Reisekosten erwirkt wird, hat der Vorstand jedoch den Tagungsort verlegt. Er betont, daß ihn bei der Einberufung der Generalversammlung vor allem das Bedürfnis leitete, sich mit der Vertretung der Gesamtmitgliedschaft über die getroffenen und etwa noch zu treffenden Maßnahmen zu verständigen, soweit sie sich auf die Lage beziehen, die durch den Krieg geschaffen worden ist. Eine darüber hinausgehende Betätigung soll nicht stattfinden. Es werden deshalb vom Vorstand keine Änderungen am Statut noch sonstige Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Arbeitsvermittlung während des Krieges hat sowohl den öffentlichen Arbeitsnachweisen wie auch den Facharbeitsnachweisen und den Gewerkschaften viele Mühen verursacht. Infolge der starken Verschiebung der Arbeitskräfte stellten sich bei der jetzigen Arbeitsvermittlung Unzulänglichkeiten heraus, die vielleicht nach Beendigung des Krieges noch größer werden können, wenn die Vermittlung nicht in richtige Bahnen geleitet wird. Eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beschäftigte sich daher eingehend mit dieser Frage und sprach sich für eine gesetzliche oder bundesrätliche einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung nach während des Krieges aus. Eine weitere Konferenz fand nun mit Vertretern der Reichsbehörden und der gegnerischen Organisationen statt. Die von unseren Zentralverbänden ausgearbeiteten Grundzüge für eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung fanden hier allgemeine Zustimmung. Eine Unterkommision wurde gebildet, die beim Zusammentritt des Reichstags Anträge auf eine gesetzliche Arbeitsvermittlung auszuarbeiten hat. #

Der Deutsche Textilarbeiterverband im ersten Kriegshalbjahr.

Die Textilindustrie ging kurz vor Ausbruch des Krieges in allen ihren großen Zweigen einer merkbaren Besserung entgegen. Die süddeutschen Unternehmerverbände, die im ersten Quartal 1914 eine zwanzigprozentige Betriebseinschränkung in den Baumwollwebereien durchgeführt hatten, konnten die Zustimmung ihrer Mitglieder für eine Betriebseinschränkung auf ein weiteres Vierteljahr nicht mehr bekommen. Die Kammgarnspinnereien arbeiteten wieder voll, in manchen Betrieben stark mit Überstunden, teilweise mit Nachtschichten. Auch in den Kammgarnwebereien hob sich die Geschäftslage sichtlich. Während im September 1913 in Gera 4171 Webstühle leerstanden, zählte man im Juni 1914 nur noch 2207 leerstehende Stühle. Eine gleiche Besserung war in der Seiden- und Leinenindustrie, ferner in der Wirkerei festzustellen. Gänzlich veränderte sich jedoch das Bild Anfangs August mit den Kriegserklärungen. In der ersten Verstärkung wurden in vielen Orten die Betriebe völlig stillgesetzt, dort, wo noch gearbeitet wurde, geschah dies nur unter starker Verkürzung der Arbeitszeit. Erst nach einigen Monaten, als die Sachlage besser zu überschauen und mit mehr Sicherheit zu beurteilen war, und als auch die Militärverwaltung mit ihren Riesenaufträgen auf den Plan trat, begannen sich die Verhältnisse für das Textilproletariat zu bessern. Die Arbeitslosenzahlen, die der Ver-

band jeweils am Monatschluß ermittelte, geben hierüber die beste Aufklärung. Es wurden arbeitslose Mitglieder gezählt:

	Im Jahre 1914/15	Im Jahre 1913/14
Ende August	29 721 = 24,70 Prozent	2517 = 1,78 Prozent
• September	17 574 = 15,11	2549 = 1,82
• Oktober	9 331 = 8,48	2281 = 1,64
• November	4 973 = 4,53	2223 = 1,60
• Dezember	6 781 = 6,65	3238 = 2,34
• Januar	5 114 = 5,19	2726 = 1,98

Wenn diese Zahlen sich auch nur auf die organisierten Textilarbeiter und -arbeiterinnen beziehen, so darf doch angenommen werden, daß sich in ihnen die Lage der Gesamtarbeiterschaft der Textilindustrie widerspiegelt. Daß die Organisation durch diese gewaltige Arbeitslosigkeit schwer beeinträchtigt wurde, versteht sich am Ende. Hand in Hand ging damit, daß ein großer Teil gerade der opferwilligsten und tätigsten Mitglieder zum Heere eingezogen wurde.

Es waren organisierte Textilarbeiter zum Heere eingezogen:

Ende August	12 075 = 14,91 Prozent,
• September	13 241 = 16,35
• Oktober	14 317 = 17,68
• November	15 810 = 19,52
• Dezember	17 427 = 21,52
• Januar	18 998 = 23,46

Unter diesen Umständen galt es, die Gewerkschaftsarbeit völlig neu zu orientieren. Größere Auseinandersetzungen mit den Unternehmern mußten verlagert, die Unterstützungseinrichtungen auf eine den Verhältnissen entsprechende neue Grundlage gestellt werden. Kranken-, Reise- und Gemahregelienunterstützung wurden aufgehoben. Die Angestellten des Verbandes verzichteten auf einen größeren Teil ihres Gehaltes. Es galt alle flüssigen Mittel für die Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. In der Zeit vom 3. August 1914 bis 30. Januar 1915 hat der Deutsche Textilarbeiterverband an Unterstützungen gezahlt:

Arbeitslosenunterstützung	739 805 Mk.
An die Familien der zum Heere Eingezogenen	102 017
Heimkehrunterstützung an Arbeitslose und Ausgesteuerte	10 975
Sonstige Unterstützungen	20 051
Insgesamt	872 848 Mk.

Im Jahre 1913 wurde insgesamt an Arbeitslosenunterstützung gezahlt 297 125 Mk. oder auf den Kopf der Mitglieder 2,10 Mk., in den sechs Kriegsmontaten 739 805 Mk. oder auf den Kopf der Mitglieder 6,73 Mk. In der ausgezahlten Geldsumme kommt aber die Größe der Arbeitslosigkeit nicht richtig zum Ausdruck. Denn es ist zu berücksichtigen, daß während des Krieges in den ersten drei Monaten nur zwei Drittel der statutarischen Sätze und in den zweiten drei Monaten nur die Hälfte der statutarischen Sätze gezahlt wurde. Es ist in Wirklichkeit also ungefähr $8\frac{1}{2}$ mal soviel an Arbeitslosigkeit zu unterstützen gewesen wie im Jahre 1913. Angesichts einer solchen Lage an den vollen Sätzen festzuhalten, war dem Verband unmöglich, dazu fehlte jede Voraussetzung.

Die Mitgliederbewegung hat sich während des Krieges wie folgt gestaltet. Es zählte der Verband an Mitgliedern am Schlusse des zweiten Quartals 1914 80 992 männliche, 52 102 weibliche, zusammen 133 094; Ende Januar 1915 53 889 männliche, 44 709 weibliche, zusammen 98 598. Von den Männern sind 18 998 zum Heere eingezogen. Danach ergibt sich ein Verlust bei den männlichen Mitgliedern von 8105 und bei den weiblichen von 7393, zusammen von 15 498 Mitgliedern. Wie weit die Verluste als tatsächliche, dauernde zu werten sind, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Tausende von den Mitgliedern sind notgedrungen zu anderen Verufen übergegangen, Scharen von Textilarbeitern suchen ihren Lebensunterhalt als Schanzearbeiter zu finden. Daß unter solchen Verhältnissen eine große Zahl von Organisierten der Kontrolle entzogen wird, ist selbstverständlich. Die meisten von ihnen werden zur Fahne des Verbandes zurückfinden. Ein abschließendes Urteil läßt sich hier erst nach Beendigung des Krieges geben. Hoffentlich steht diese nicht mehr in weiter Ferne. sk.

Genossenschaftliche Rundschau.

Je länger der Krieg andauert, um so mehr sehen sich die Behörden gezwungen, zur Regelung der Interessen der Allgemeinheit das Genossenschaftsprinzip zu Hilfe zu nehmen. So wurde gegen Ende Januar in Berlin unter Mitwirkung der Reichs- und Staatsregierung eine gemeinnützige Gesellschaft für die land-

wirtschaftliche Verwertung von Baugelände gegründet. Ihre Bestimmung ist, zurzeit brachliegendes Land soviel wie möglich für die Erbauung von Gemüsen, Kartoffeln, und anderen Lebensmitteln nutzbar zu machen. Die Genossenschaft läßt solches Land von einer anderen gemeinnützigen Genossenschaft, der Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft bis zur Bebauungsfähigkeit bearbeiten. Die Ländereien selbst sollen den Gemeinden, Staat oder Privaten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Verzinsung des Kapitals oder Dividendenzahlung sind nach den Statuten ausgeschlossen. Der Genossenschaft gehören Vertreter der Landwirtschaftsgesellschaft, der Konsumvereine, der freien und anderer Gewerkschaften sowie Regierungsvertreter und Fachleute an. — Ferner wurde von der Regierung eine Kriegsgesellschaft gegründet, der die Aufgabe zufällt, im Interesse der Volksernährung zwei Millionen Tonnen Brotgetreide als eisernen Bestand anzuschaffen und einzulagern. Diese Gesellschaft wurde sogar mit dem Beschlagnahmerecht ausgestattet. — Auch die Regelung des Kredits während der Kriegszeit wurde in sehr vielen Fällen durch Gründung von besonderen Zweckgenossenschaften in die Wege geleitet.

In der letzten Nummer des Jahrganges 1914 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gibt Dr. August Müller in einem umfangreichen Artikel einen Überblick des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Kriegsjahr 1914. Er benützt diese herzlich schlecht passende Gelegenheit, um sich in unerhörter Weise an der sozialdemokratischen Partei zu reiben. „Wenn man sich jetzt Stunden ungetrübter Heiterkeit bereiten“ wolle, so müsse man einmal nachlesen, welche Rolle der Weltkrieg in der Phantasie der marxistischen Katastrophentheoretiker gespielt habe. Es ist von „angenehmen Herrschaften aus Holland, Rußland, Polen, Galizien und anderen interessanten Ländern“ die Rede, die die deutsche Arbeiterschaft seit Jahrzehnten habe „ertragen“ müssen. Von „diesen unfehlbaren Propheten“ wird gesprochen, von denen die deutsche Arbeiterschaft „mit Blödsinn gefüttert“ worden wäre. In diesem Tone geht es beinahe Dreiviertelspalten lang. Der Angriff ist um so frivoler, als er ohne jeden bestimmten Anlaß erfolgt, und um so niederträchtiger, als Müller ganz genau weiß, daß ihm jetzt in der deutschen Presse nicht in entsprechender Weise geantwortet werden kann. Von keiner Seite der Sozialdemokratie wurde die Leitung des Zentralverbandes oder die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ angegriffen. Überdies gehören solche Betrachtungen überhaupt nicht in dieses Organ, das ja sonst die Neutralität zum Überdruß predigt, die es hier in flagranter Weise verleiht. Aber offenbar hielt der Verfasser die Zeit des „Burgfriedens“ für günstig, sein Gift zu verspritzen, das in Hamburg bisher die nötige Wirkung nicht gehabt hat. Wie uns bekannt ist, hat bereits die Konferenz von Verwaltungsmitgliedern eines Unterverbandes fast einstimmig durch Beschluß scharfe Mißbilligung über das Verfahren der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ ausgesprochen. In dem Beschluß heißt es, daß man im allgemeinen „mit der Schreibweise Dr. Müllers nicht einverstanden“ ist, besonders aber den fraglichen Artikel verurteilt, der den Beschlüssen der Genossenschaftstage und auch denen des Internationalen Genossenschaftstages in Hamburg widerspreche. Die Genossenschaftspresse müsse so gehalten sein, daß bei Wiederaufnahme der internationalen Verbindungen nach dem Kriege keine Schwierigkeiten entstehen. In der „Rundschau“ dürften persönliche Ansichten über Theorien der Sozialdemokratie nicht erörtert werden. — Eine Stelle unserer Rundschau in Nr. 7 der „Gleichheit“ hat ebenfalls nicht den Beifall Müllers gefunden. Wir begrüßten dort mit einigen Zeilen, daß die englischen Vorstandsmitglieder des Internationalen Genossenschaftsbundes einen Aufruf zur Unterstützung notleidender Ausländer erließen und damit ein schönes Zeichen internationaler Solidarität gaben. Die Feststellung dieser einfachen Tatsache, die sogar in den bürgerlichen „Genossenschaftsblättern“ des Allgemeinen Verbandes usw. Beachtung und Erwähnung fand, wird als ein „deplazierter Lobgesang auf England“ bezeichnet!

In Dresden wurde kürzlich ein Verbandstag der gemeinnützigen Bauvereinigungen im Königreich Sachsen abgehalten. In Sachsen hat das Baugenossenschaftswesen in den letzten zehn Jahren sehr große Fortschritte gemacht. Die Ursache dieser Entwicklung liegt in der Wohnungsnot. In allen Großstädten und Industrie- und Bergbauregionen des Landes — ganz Sachsen ist beinahe industrialisiert! — herrschte ein beängstigender Mangel an Kleinwohnungen für Arbeiter. Die Mieten stiegen infolgedessen ins Märchenhafte. Trotz alledem wurde die Privatbautätigkeit im Interesse der Hausbesitzer erschwert, die in fast allen sächsischen Gemeinderäten die Gemeindepolitik ausschlaggebend beeinflussen.

Die ganz natürliche Folge war das Bestreben der unter diesem Zustand notleidenden Schichten, sich soviel wie möglich selbst zu helfen. Und Regierung und Behörden konnten nicht umhin, die Bewegung zu fördern, denn Wohnungselend ist am Ende auch eine allgemeine soziale Gefahr. Auf dem Verbandstag wurden nun über die Entwicklung der Genossenschaften folgende Mitteilungen gemacht: Anfang 1914 bestanden im Reich 1342 und in Sachsen 142 Baugenossenschaften, von denen 113 dem Verband angehörten; außerdem umfaßt er noch drei Baugesellschaften, eine Bauaktiengesellschaft und einen Verein, insgesamt also 118 Verbandsmitglieder. Der Wert der Geschäftsanteile betrug am 1. Januar 1914 über 9 Millionen, wovon 7 1/2 Millionen auf die Verbandsgenossenschaften entfielen. Diesen gehörten damals 26 000 Genossenschafter mit über 36 000 Anteilen an, zu denen noch eine Gastsumme von 8 1/2 Millionen Mark kommt. Im ganzen hatten die Verbandsmitglieder Anfang 1914 einen bedeutenden Geschäftsumfang zu verzeichnen. Erbaut wurden bis dahin 2430 Häuser mit 10 407 Wohnungen. 1257 Ein- und Zweifamilienhäuser mit 1575 Wohnungen (15 Prozent aller hergestellten Wohnungen) wurden errichtet, ein Zeichen, daß sich der Flachbau im sächsischen Kleinwohnungsbau einbürgert. — Der Krieg hat auch die Tätigkeit der Baugenossenschaften ungünstig beeinflusst. Bedeutet sie zunächst auch nur einen Tropfen auf den heißen Stein der Wohnungsnot, so liegen ihre günstigen Wirkungen doch schon klar zutage. H. F.

Notizenteil. Burgfrieden.

Die Strafvollstreckung gegen Genossin Luxemburg war bekanntlich wegen Krankheit der Verurteilten bis zum 31. März aufgeschoben worden. Nun ist Genossin Luxemburg am 18. Februar plötzlich festgenommen und zur Strafverbüßung in das „Weibergefängnis Barnimstraße“ eingeliefert worden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Unter der Überschrift: „Mundtotmachung“ schreibt der „Vorwärts“ vom 6. März 1915: „An hinter uns liegende Zeiten erinnerte die Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses. Auf der Tagesordnung stand der Etat der Justizverwaltung, zu dem sich unter anderen Genosse Liebknecht als Redner gemeldet hatte. Die bürgerlichen Parteien hatten sich dahin verständigt, Liebknecht auf keinen Fall zu Worte kommen zu lassen. Um aber jeden Schein zu vermeiden, als ob es sich um ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie handle, ließen sich vor ihm noch einige andere Redner der verschiedensten Fraktionen in die Liste eintragen; auch ihnen wurde durch den konservativen Schlufantrag das Wort abgeschnitten. Der Unterschied ist nur der, daß sie damit einverstanden waren, so daß ihnen in Wirklichkeit kein Unrecht geschehen ist, während Genosse Liebknecht als einziger von allen die ernste Absicht hatte, zu reden. Es blieb ihm nur die Möglichkeit, in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung festzustellen, daß er verhindert wurde, die Behandlung der Genossin Rosa Luxemburg vor dem Lande zu kritisieren.“

Bei der Erledigung des Eisenbahnetats am Freitag den 5. März setzte sich Genosse Heinert mit dem Landwirtschaftsminister auseinander, der neulich zwischen „nationalen“ und anderen Organisationen unterschieden hatte. Der Minister antwortete laut „Vorwärts“: Die Frage der Organisationsfreiheit eigne sich nicht zur Erörterung unter dem „Burgfrieden“.

Der freikonservative Herr v. Zedlitz schreibt in der Berliner „Post“, die Rede Liebknechts zum Etat des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus verrate Mangel an Vaterlandsliebe und entziehe daher „der Forderung gleicher Behandlung der Sozialdemokratie durchaus den Boden“. Liebknecht habe den Burgfrieden aufgekündigt und auch für die Kriegszeit den Klassenkampf gefordert. Wenn die Demokratisierung unserer Einrichtungen, meint Herr v. Zedlitz, so vaterländische Gesinnung zur Herrschaft bringe wie die Dr. Liebknechts, so sei es die „elementarste patriotische Pflicht, nicht nur jede Demokratisierung zu verhindern, sondern auch die Abwehrmittel der Staatsgewalt noch zu stärken“. Es liege also im dringendsten Interesse der Partei, Liebknecht so nachdrücklich wie möglich abzuschütteln. Köstlich ist die Unverfrorenheit, mit der hier ein Augenscheinender der Sozialdemokratie seine Ratschläge ans Herz legt. Be-

zeichnend ist die Auffassung: Demokratie sei ein Lohn für Wohlverhalten. Darüber, daß Herr v. Zedlitz einen Mann öffentlich beschimpft, der infolge seines Militärverhältnisses nicht antworten darf, darüber überlassen wir das Urteil jedem anständig Denkenden.

Die „Vossische Zeitung“ ist eifrig bemüht, die Gegenfälle in der Sozialdemokratie nach Kräften zu erweitern. „Haenisch gegen Liebknecht“ betitelt sie einen Artikel. Die Rede Haenischs, so äußert sie sich, sei nicht nur ein Gegenstück zu der Liebknechts, sondern jedenfalls auch als Gegenstück dazu gemeint gewesen. Wenn Haenisch betont habe, jetzt sei nicht die Möglichkeit vorhanden, innere Kämpfe miteinander auszufechten, „so war's wie eine direkte Antwort auf die vorgelegten von Liebknecht befolgte Methode. Wenn er weiter erklärte, daß, wer es grundsätzlich ablehne, zuzulernen und gegebenenfalls umzulernen, damit nicht immer Charakterstärke, sondern Mangel an Intelligenz beweise, so habe diese Bemerkung „ein ganz bestimmtes Ziel“.

Auch die „Berliner Allgemeine Zeitung“ spricht von „starken polemischen Ausfällen Haenischs“ gegen seinen am Dienstag aufgetretenen Parteifreund. Natürlich sind die Besprechungen der rechtsstehenden Presse vollends auf diesen Ton gestimmt.

Eine Verschärfung des Kriegszustandes hat das stellvertretende Generalkommando in Stettin verfügt. Alle Versammlungen, mit Ausnahme der rein gesellschaftlichen oder kirchlichen, bedürfen fortan der Genehmigung. Die Polizei hat darauf zu achten, daß in den Versammlungen über die Volksernährung keine Kritik an den Regierungsmassnahmen geübt wird und daß nicht irgendwelche Forderungen aufgestellt werden. Widrigenfalls sind die Versammlungen sofort aufzulösen.

Zeitungsverbote und verschärfte Zensur. Auf Befehl des stellvertretenden Generalkommandos des vierten Armeekorps wurde die „Magdeburger Volksstimme“ auf drei Tage verboten. In ihrer Nr. 49 vom 27. Februar sollen „beleidigende Angriffe gegen Staatsbehörden“ enthalten gewesen sein.

Dasselbe Schicksal ereilte das Elberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“. Wegen seiner Kritik der Bundesratsbeschlüsse zur Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln war das Blatt bereits einige Tage früher unter Präventivzensur gestellt worden.

Auf die Dauer von acht Tagen wurde die „Freie Volkszeitung“ in Göttingen unter Präventivzensur gestellt. Grund: Sie hatte an Lohnverhältnissen in Textilbetrieben Kritik geübt, die mit Militärlieferungen beschäftigt sind.

Vom „Volksblatt“ zum „Generalanzeiger.“ An die Stelle unseres endgültig verbotenen tapferen „Gothaer Volksblattes“ tritt nun ein „Generalanzeiger für das Herzogtum Gotha“. In dem Aufruf des Verlags wird gesagt, es solle ein nach allen Seiten hin unabhängiges, aber unparteiisches Erschließungsblatt herausgegeben werden. Die Partei kann auf die innere Entwicklung dieses „Generalanzeigers“ gespannt sein.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Auch eine Errungenschaft des Kriegs. In Essen und Düsseldorf sind neuerdings, wie noch in manch anderen Städten, Frauen als Schaffner bei den Straßenbahnen eingestellt worden. In Essen war diese Beschäftigung zuerst den Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Straßenbahnangehörigen zugebacht, aber sie meldeten sich sehr spärlich — die Straßenbahnverwaltung behauptet, weil sie die Angehörigen der Krieger besser unterstütze, als anderen Frauen geholfen werde. Ob das zutrifft, mag hier unerörtert bleiben, weil für den Kern der Sache ohne Belang. Auch die Frage, ob die Frauen auf die Dauer den Dienst bewältigen können, wollen wir nicht entscheiden. Der Dienst ist ja leicht zu erlernen, der Umgang aber mit einem gewissen Teile des Publikums dürfte einige Schwierigkeiten bereiten.

Der Kern der Sache liegt in der Behauptung weiter Kreise des Bürgertums, die Straßenbahnverwaltung habe eine Wohltat erwiesen, als sie den Frauen diese neue Verdienstmöglichkeit eröffnete. Gewiß bedeutet jeder neue Erwerbszweig, der sich der Frauenarbeit öffnet, ökonomisch und kulturell einen Fortschritt. Aber nicht jeder Fortschritt macht sich zugleich als Wohltat für

den einzelnen und große Kreise des Proletariats fühlbar. Das Aufkommen des modernen Kapitalismus war ein ungeheurer Fortschritt und zugleich die Ursache unerhörten Massenelends. Wie steht es also mit der „Wohlfahrt“ der Straßenbahnverwaltung in Essen? Die bürgerliche Presse führt zur Begründung der Maßnahmen den Mangel an männlichen Arbeitskräften an. Das stimmt nur scheinbar. Ein Mangel an männlichen Arbeitskräften besteht, aber er besteht nur, weil die Löhne bei der Straßenbahn sehr niedrig sind. Hätte die Verwaltung diese Löhne entsprechend der verteuerten Lebenshaltung erhöht, so hätte sie männliche Kräfte genug gefunden. Nach dem Kriege freilich hätten die Löhne nicht mehr gut gekürzt werden können. Die Straßenbahnverwaltung fand als Ausweg aus dieser Verlegenheit: die Einstellung von Frauen. Sie schlug so zwei Fliegen mit einer Klappe: sie erhielt Personal, ohne die Löhne erhöhen zu müssen, und kam obendrein in den Genuss der Arbeiterfreundlichkeit. So bleibt als treibender Grund der „Wohlfahrt“ nicht viel mehr als der alte kapitalistische Grundsatz: Niedrighaltung der Löhne! Es scheint aber sogar, als ob die Straßenbahnverwaltung darüber hinaus noch eine Ersparnis machen will. Der Lohn der Frauen soll monatlich ganze 75 M. betragen bei achtstündiger Arbeitszeit. Diese wird in zwei Schichten geleistet, zwischen denen eine mehrstündige Pause liegt. Es ist wirklich etwas Eigenes um das „soziale Herz“ unserer kapitalistischen Unternehmer.

m. m.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Arbeitslosigkeit im Dezember und gewerkschaftliche Hilfe im 4. Quartal 1914. Nach den vorliegenden Berichten über die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes hat sich die im Monat November festgestellte erhöhte Beschäftigung im Dezember im ganzen auf dem gleichen Stand gehalten. In einzelnen Gewerben ist allerdings infolge der vorgerückten ungünstigen Jahreszeit ein schlechterer Geschäftsgang eingetreten. Diesem steht aber wieder ein weiterer Aufschwung in anderen Industriezweigen gegenüber.

Trotz der besseren Arbeitslage ist der Andrang weiblicher Arbeitssuchender zu den Arbeitsnachweisen immer noch erheblich höher als zu normalen Zeiten. Nach den Statistiken waren im Monat Dezember 1914 für weibliche Erwerbstätige insgesamt 65829 offene Stellen gemeldet, denen 103721 Arbeitsgesuche gegenüberstanden. Im Dezember 1913 wurden 68030 weibliche Arbeitsuchende gemeldet. Ihre Zahl war demnach im Berichtsmonat gegen diesen Vergleichsmonat um 35691 gestiegen. Von den offenen Stellen konnten aber im Laufe des Monats nur 49410 besetzt werden, es blieben demnach im Dezember rund 54300 Arbeitsgesuche von Frauen und Mädchen unberücksichtigt. Auf 100 offene Stellen kamen im Berichtsmonat 158 weibliche Arbeitsuchende, die entsprechenden Zahlen haben im November 189 und im Dezember 1913 123 betragen. Von den größeren Einzelstaaten hatten, wie schon im November, das Königreich Sachsen mit 325, Elsaß-Lothringen mit 305 und Bayern mit 224 weiblichen Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen die höchsten Verhältniszahlen.

Aber die Arbeitslosigkeit der gewerblichen Arbeiterinnen geben die gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen ein übersichtlicheres Bild. Diese liegen für den Dezember 1914 von 31 Organisationen vor, die über 157114 weibliche Mitglieder berichteten. Von diesen waren am 31. Dezember insgesamt 20247, gleich 12,9 Prozent arbeitslos. Verglichen mit dem Vormonat ist die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen, doch ist der Grad der Abnahme von Monat zu Monat ein geringerer geworden. Von August zu September betrug die Spannung zwischen den ermittelten Prozentsätzen 8,1, von September zu Oktober 5,8, von Oktober zu November 4,2 und von November zu Dezember gar nur 1,4. Im Dezember 1913 waren von 218652 befragten weiblichen Mitgliedern 8467 oder 3,9 Prozent beschäftigungslos gewesen. Der Dezember 1914 weist also ein Mehr von 11780 organisierten arbeitslosen Arbeiterinnen auf. Auch in diesem Berichtsmonat ist die Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern verhältnismäßig gerade um das Doppelte höher als bei den männlichen. Nur in zwei Verbänden wurden für die männlichen Mitglieder etwas höhere Arbeitslosenziffern festgestellt. Alle anderen Gewerkschaften dagegen weisen zum Teil ganz erheblich höhere Sätze für die weibliche Mitgliedschaft auf. So haben von den Verbänden, die eine größere Zahl weiblicher Mitglieder umfassen, folgende mit stärkerer Arbeitslosigkeit der organisierten Frauen und Mädchen zu kämpfen: die Porzellanarbeiter mit 47,8 Prozent, Glasarbeiter mit 45,9, Holzarbeiter mit 33,3, Futurbeiter mit 21,4, Metallarbeiter mit 19,3, Buchbinder mit 17,7, Lederarbeiter mit 13,6, Fabrikarbeiter mit 12,7, Sattler und Portefeuille mit 12,2 und

Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 10,8 Prozent. Außer einigen kleinen gegnerischen Gewerkschaften weisen die niedersten Prozentsätze weiblicher Arbeitsloser auf: die Verbände der Kürschner mit 2,0, Tabalarbeiter mit 2,2 und Brauerei- und Mühlenarbeiter mit 3,0 Prozent.

Der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit tritt aber erst dann deutlich zutage, wenn man die Zahlen vom 4. Quartal 1914 denen vom 4. Quartal 1913 gegenüberstellt. Es wurden in den berichtenden Organisationen gezählt:

	Im 4. Quartal 1914	1913	Abnahme (—) Zunahme (+)
Weibliche Mitglieder	157114	218652	—61538
Fälle von Arbeitslosigkeit . .	52431	18250	+34181
Unterstützte weibl. Arbeitslose	39335	8562	+30773
Unterstützte Tage	1140275	137517	+1011758
Unterstützungssumme in Mark	677449	117915	+559534

Also trotz der Mitgliederabnahme ein gewaltiges Anschwellen der Arbeitslosen- und Unterstützungszahlen. Nicht weniger als 52431 Fälle von Arbeitslosigkeit wurden im 4. Quartal 1914 bei den weiblichen Mitgliedern ermittelt, das sind 34181 mehr als im Vergleichs- quartal 1913. Auf 100 weibliche Mitglieder berechnet ergibt dies 33,4 Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 8,5 in der gleichen Zeit des Jahres 1913. Dementsprechend sind auch die Ausgaben für die organisierten weiblichen Arbeitslosen gestiegen. Im 4. Quartal 1914 erhielten 39335 weibliche Arbeitslose für 1140275 Tage 677449 M. Das ist gegen das 4. Quartal 1913 eine Steigerung von 30773 unterstützten Personen, 1011758 Unterstützungstagen und eine Mehrausgabe von 559534 M. Insgesamt wurden im Jahre 1914 von den berichtenden Verbänden für die weiblichen arbeitslosen Mitglieder 1696625 M. verausgabt, gegen 445476 M. im Jahre 1913 und 303828 M. im Jahre 1912. Rechnet man die Ausgaben für die männlichen arbeitslosen Mitglieder hinzu, so steigen die von den Organisationen für die Arbeitslosen am Ort aufgewendeten Unterstützungen auf rund 23 Millionen Mark, wovon natürlich der Löwenanteil auf die freien Gewerkschaften entfällt. In Wirklichkeit ist die Summe noch bedeutend höher, da nicht alle Verbände, darunter auch einige größere freie Gewerkschaften, an das „Reichsarbeitsblatt“ berichten. In dieser Summe sind auch nicht die sehr zahlreichen Unterstützungen enthalten, die von den örtlichen Lokalkassen getragen werden. Erinnert sei nur hierbei an die Weihnachtsbescherungen der Arbeiterschaft für die Frauen und Kinder der Arbeitslosen und ausmarschierenden Krieger, ferner an die von den Organisationen ins Feld gesandten Liebesgaben. Die deutsche organisierte Arbeiterschaft hat damit wiederum bewiesen, daß sie ernstlich bemüht ist, die Not und das Elend ihrer arbeitslosen Brüder und Schwestern zu lindern, woran sich manche Großstadt ein Beispiel nehmen kann, die es bis jetzt noch nicht für nötig gefunden hat, eine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenfürsorge einzuführen.

h.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der internationale sozialistische Frauentag in der Schweiz und für die skandinavischen Länder ist — soweit schon Berichte vorliegen — mit ebensoviel Begeisterung als Umsicht vorbereitet worden und hat sich zu einer imposanten Kundgebung für das Frauenwahlrecht und den Frieden gestaltet. In der Schweiz haben rund 40 Versammlungen stattgefunden, in denen die Frauen für ihre Forderungen demonstrierten. Die „Vorläuferin“, das Organ des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes, hat durch ihren trefflichen Inhalt redlich das Ihrige getan, die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen für den hohen Zweck der Kundgebung zu wecken und zu sammeln. Er ließ namentlich den internationalen Charakter des Frauentags, das unerschütterte Solidaritätsbewußtsein der Sozialistinnen aller Länder in die Erscheinung treten. Führende Genossinnen verschiedener Nationalitäten kamen in der Frauentagsnummer zu Wort, die auch eine Sympathiekundgebung der englischen Sozialistinnen brachte. Von ihnen abgesehen, hatten auch die Genossinnen Bulgariens, Bosniens, Böhmens, Dänemarks und die internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen herzliche Begrüßungen für den Frauentag gesendet.

Was Skandinavien anbelangt, so ist bis jetzt nur bekannt, daß die schwedischen Genossinnen im ganzen Lande Frauentagsversammlungen zu veranstalten gedachten, die in erster Linie Friedenskundgebungen sein sollten. Außerdem fand in Christiania eine skandinavische Demonstration statt, bei der die Genossinnen Schwedens, Norwegens und Dänemarks zusammenwirkten und an der Vertreterinnen der russischen Sozialistinnen teilnahmen. Die Kundgebung war ganz vom Geiste des internationalen Solidaritätsbewußtseins erfüllt, das im Namen der Arbeiter-, der Menschheitsinteressen den Völkerfrieden forderte.

Für den Frieden.

Eine weitere Bekundung des Friedenswillens in Frankreich ist durch den Aufruf der internationalen Sekretärin an die Frauen aller Länder veranlaßt worden. Das Tageblatt der sozialistischen Organisation des Zentrums „Le Populaire du Centre“ hat den Aufruf unbehindert durch die Zensur zur Veröffentlichung gebracht. Und daß er nicht spurlos an den Seelen der Frauen vorübergegangen ist, dafür führt die Zeitung einige Tage darauf einen Beweis an. Eine junge Limousiner Arbeiterin, deren Gatte seit Beginn des Krieges im Felde steht, schrieb, daß der Aufruf ihr Herz und ihr Gewissen erschüttert habe. Zwischen ihrer Friedenssehnsucht und dem Gefühl der Schwäche hin und her schwankend, fragt sie: „Aber was können wir armen Frauen tun, die wir zur Fristung unseres Lebens einen Platz in der Werkstatt, in der Fabrik, im Laden haben müssen? Wenn wir von Politik reden, lachen die anderen uns aus.“

Unser französisches Bruderblatt antwortet auf diese Frage, die heute auf vielen Tausenden Frauenlippen liegt, in der Hauptsache wie folgt: Was müssen, was können die Frauen des arbeitenden Volkes tun? Nachdenken, lernen, handeln, damit der Friede einleitet, damit in der Zukunft Kriege unmöglich werden. „Das Schicksal der Nationen, der Friede der Völker war in die Hände der Arbeiter gegeben. Möge die Lehre der Ereignisse nun heilsam sein. Was wir gestern nicht getan haben, müssen wir morgen tun.“ Es gilt den Mächten, die in der kapitalistischen Ordnung zum Kriege treiben, die sozialistische Erkenntnis und den sozialistischen Willen der Arbeitenden entgegenzustellen. „Möge der Gedanke, zu handeln, ohne Unterlaß von nun an zu kämpfen, die Frauen durchdringen und mit Begeisterung erfüllen, möge er sie kräftigen und trösten... Sie müssen den Männern zurufen: Wir fordern unseren rechtmäßigen Platz in den ersten Reihen des sozialistischen Kampfes für die Befreiung der Menschheit, die Freiheit, das Recht der Arbeit, für den endgültigen Völkerfrieden.“

Stellungnahme des Kongresses der sozialistischen Frauen Schwedens zum Krieg. Im November 1914 hat in Stockholm ein Kongreß der schwedischen Genossinnen getagt, der in Übereinstimmung mit der Auffassung und Haltung der Sozialdemokratie des Landes diese Resolution annahm:

Am Ende des sozialdemokratischen Frauenkongresses fühlen wir uns gedrungen, uns abermals um das Manifest zu sammeln, das beim Ausbruch des Weltkrieges von dem sozialdemokratischen Parteitag angenommen worden ist, und wir stimmen namentlich seinem Schlußabsatz zu, der lautet:

„Die schwedische Arbeiterschaft wird auch in diesen ersten Tagen zeigen, daß sie sich nicht von ihren Bestrebungen und Idealen ablenken läßt. Diese gelten jedoch der Zukunft. Während in einer dunklen und drohenden Gegenwart die schwedische Arbeiterschaft schwere Opfer bringt, um zu verhindern, daß der Weltbrand auch über unser Volk hereinbricht, blickt sie unentwegt vorwärts, der Zeit entgegen, die kommen wird trotz alledem, die Zeit, wo der Weltbund der Arbeiter endgültig den Weltfrieden verbürgt.“

Seit das ausgesprochen wurde, sind nicht weniger als vier Monate verfloßen, vier Monate des grauigsten Krieges, der die Welt erschüttert, denn man bedenke, daß er möglich geworden ist, nachdem die Kultur auf vielen Gebieten die Welt bereits erobert zu haben schien. Es drängt uns, dankbar die Bemühungen anzuerkennen, die in unserem Lande für die Erhaltung der Neutralität gemacht werden. Das neutrale Belgien, dessen Unglück und Verheerung jeder Beschreibung spottet, ist buchstäblich ein Schlachtopfer des Krieges. Wir appellieren an unsere Volksgenossen in Schweden, daß sie den notleidenden Belgiern beistehen. A. L.

Der Forderung des Friedens und des Frauenstimmrechts soll ein internationaler Frauenkongreß gewidmet sein. Seine Abhaltung und seine Vorbereitung haben Frauen aus den kriegsführenden und neutralen Ländern beschloßen, die am 9. Februar in Amsterdam zu einer Konferenz zusammengetreten waren, zu der Holländerinnen die Initiative ergriffen hatten. Der Kongreß soll sobald als möglich in den Niederlanden stattfinden und prüfen, was die Frauen zur Wiederherstellung friedlicher, guter internationaler Beziehungen und zur Vereitelung künftiger Kriege tun können. In Verbindung mit dieser Frage soll die Tagung aussprechen, daß die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts eine Vorbedingung dafür ist, daß die Frauen machtvoll und erfolgreich für den Frieden und die Solidarität der Völker wirken. Des weiteren ist eine Resolution vorgesehen, die fordert, daß Frauen unter den Vertretern der Mächte sein müssen, die die Bedingungen für den Frieden festlegen, der den gegenwärtigen Krieg abschließen soll. T. G.

Familienrecht.

Frauenrechte im österreichischen bürgerlichen Recht. Der Krieg hat dazu geführt, daß den Frauen in Österreich ein Teil jener Rechte gewährt worden ist, die sie so lange und oft gefordert haben. Im Oktober hat die Regierung durch eine Verordnung nach § 14 (es ist jener berüchtigte Paragraph, der immer hervorgeholt wird, wenn die Regierung aus irgend einem Grunde das Parlament beiseite schiebt), die längst fällige Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft gesetzt. Die Frau ist nun dem Manne als Vormünderin gleichberechtigt, sie bedarf keines Mitvormundes mehr, wenn sie über eigene oder fremde Kinder die Vormundschaft führt. Immerhin ist eine Beschränkung vorgesehen. Verheiratete Frauen bedürfen zur Übernahme der Vormundschaft der Zustimmung des Ehemannes, und wenn der Vater vor seinem Tode verfügt hat, wer Vormund sein soll, so geht die Vormundschaft an die vom Vater bestimmte Persönlichkeit über und nicht an die Mutter. Auch die uneheliche Mutter kann Vormünderin über ihr Kind sein, nur wenn es zur Wahrung der Interessen des unehelichen Kindes notwendig erscheint, kann ein Mann zum Mitvormund ernannt werden. Der Frau kann auch das Amt als Kuratorin übertragen werden. Falls ein Ehemann unter Kuratel steht, so kann jetzt die Ehefrau vom Kuratelgericht fordern, daß dieses sie als Kuratorin einsetzt. Frauen sind auch zur Mitgliedschaft bei den Vormundschafsräten berechtigt, die die kaiserliche Verordnung vorgesehen hat. Sie werden aus Vertretern der Religionsgenossenschaften, der Schulen und der Gemeinden gebildet. Bei Rechtsgeschäften und Testierungen werden die bisher unfähigen „Frauenspersonen“ (so hieß es im Gesetz) nun auch vollgültige Zeuginnen sein können. Das Erbrecht, das ja für proletarische Frauen weniger in Betracht kommt, wurde ebenfalls zugunsten der Frauen abgeändert.

Wesentlich verbessert wurden die Bestimmungen über die unehelichen Kinder. Der barbarische Satz: „Uneheliche Kinder sind überhaupt von den Rechten der Familie und der Verwandtschaft ausgeschlossen“ existiert nun nicht mehr. Das uneheliche Kind wird in die Familie der Mutter aufgenommen und erhält in dieser das Erbrecht. Aber nicht verwandt bleibt das uneheliche Kind mit dem Vater! Das ist wohl eine der empörendsten Grausamkeiten, die sich Gesetzgeber leisteten. Es ist eine Grausamkeit im Interesse der besitzenden Klassen. Der Reichtum der legitimen Kinder soll durch die unglückseligen „Kinder der Liebe“ nicht geschmälert werden. Selbst wenn der uneheliche Vater sein ganzes Leben lang für das uneheliche Kind sorgte, hat es kein Erbrecht, denn „uneheliches Kind und Vater sind nicht verwandt!“ Ein wirklicher Fortschritt zugunsten der unehelichen Mutter ist die dem Vater auferlegte Verpflichtung, für sie sechs Wochen nach der Niederkunft zu sorgen. Ebenso muß er eventuelle Heilungskosten zahlen. Die Leistung des Vaters für die uneheliche Mutter muß drei Monate vor der Niederkunft festgestellt werden. Auch hier gibt es eine Hintertür für die Herren Väter, denn „Frauen mit unzüchtigem Lebenswandel“ ist dieser Anspruch versagt. Von wem und wie wird über den durch das Gesetz vorgeschriebenen Lebenswandel entschieden werden? Gibt es Väter, die so niedrig stehen, daß sie die Mutter ihres unehelichen Kindes des „unzüchtigen Lebenswandels“ beschuldigen, um ihrer Verpflichtungen enthoben zu sein? Die Erfahrung lehrt, daß dem so ist. So ist diese § 14-Verordnung, deren wesentlichste Bestimmungen wir angeführt haben, trotz des wirklichen Fortschritts doch auch ein „Herrengesetz“, behaftet mit allen Vorsichtsmassregeln im Interesse der unehelichen Väter aus den besser situierten Klassen. a. p.

Verschiedenes.

Kurse für Hortnerinnen und Schulpflegerinnen. Uns ging dieses Zirkular zu: „Das sozialpädagogische Seminar des Vereins Jugendheim, Charlottenburg, Goethestraße 22, beginnt seine neuen Kurse zur Ausbildung von Hortnerinnen, Hortleiterinnen und Schulpflegerinnen am 8. April dieses Jahres. Der Hortnerinnenkursus dauert anderthalb Jahre und schließt mit einer staatlichen Prüfung ab. Zu gleicher Zeit beginnt ein neuer Kursus der allgemeinen Sprechschulung, die dem Jugendheim angegliedert ist.“

Die sozialdemokratische Partei Rußlands hat, wie der „Vorwärts“ meldet, den Dumaabgeordneten Mankow ausgeschlossen, weil er für den Krieg gestimmt hat.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Zeitlin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.